

Behindertenrenten oft für die Falschen Marin: Für Junge Pension erst ab 66,5

OECD-Studie. Eine noch unveröffentlichte Untersuchung stellt Mißbrauch und schlechte Treffsicherheit bei Behindertenrenten fest.

BLUMAU (per). Eine neue Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) enthält nach Meinung des Sozialexperten Bernd Marin Zündstoff. Aus der noch unveröffentlichten Untersuchung geht nämlich hervor, daß 27,7 Prozent aller österreichischen Bezieher einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitspension sich eigentlich ganz fit fühlen. Umgekehrt bekomme die Hälfte aller Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung keinerlei Leistung.

„Ein Fünftel aller Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren hält sich selbst für in irgendeiner Form behindert,“ sagt Marin bei einer Enquete der Uniqa-Versicherung zum Thema „Zukunft des Alterns“. „Mich hat es fast vom Stockerl gerissen.“

Die Gründe dafür sind nicht nur Mißbrauch und schlechte Treffsicherheit. Laut Marin beantragen viele Leute das Geld gar nicht, „weil es ihnen peinlich

ist, weil es ihnen zu bürokratisch ist, oder weil sie einfach nichts davon wissen“. Und bei all jenen, die sich gesund fühlen, handle es sich oft um falsche Gutachten – zwei Drittel aller Gutachter stimmen nicht überein, wenn es um Heilungschancen oder Grad der Behinderung geht.

Psychische Behinderungen, die generell schwer nachweisbar sind, seien für jede dritte Erwerbsunfähigkeit verantwortlich. Die Kosten für Leistungen an Behinderte liegen in Österreich mit 2,92 des BIP (Bruttoinlandsprodukts) leicht über dem Schnitt im OECD-Raum, der bei 2,7 Prozent liegt.

Immer mehr versuchen in den Leistungsgenuß zu kommen, so Marin: „Firmen versuchen Mitarbeiter über die Invaliditätsrente loszuwerden, also in Frühpension zu schicken.“ Die steuerlichen Anreize seien so, daß die Mitarbeiter das auch gerne annehmen. Ganze Berufsgruppen seien mit der regulären Pension schlechter dran. So seien laut Marin zwei Drittel aller Landwirte und jeder zweite Unternehmer wegen Erwerbsunfähigkeit in Pension.

Generell hält der Sozialexperte ein Pensionsantrittsalter von

65 Jahren für Männer für die Untergrenze, um die Finanzierung des Pensionssystems auch zukünftig sicherstellen zu können. Die heute 30- bis 40-jährigen müßten sich laut Marin aber darauf einstellen, eventuell erst mit 66,5 Jahren in Pension gehen zu können. Grund dafür ist die weiter steigende Lebenserwartung. Marin plädiert auch dafür, das Pensionsalter der Frauen an jenes der Männer rascher anzugleichen.

Immer mehr Pflegefälle

Laut Werner Kerschbaum, Geschäftsführer des Roten Kreuzes, gibt es zur Zeit 600.000 Pflegebedürftige in Österreich, 330.000 erhalten das staatliche Pflegegeld. In den nächsten zehn Jahren wird diese Zahl auch durch die Alterung der Gesellschaft auf insgesamt 800.000 ansteigen. Laut Marin erreichen bereits heute 84 Prozent der Männer und 92 Prozent der Frauen das Pensionsalter, der Rest stirbt vorher. Die Lebenserwartung von da an beträgt im Schnitt weitere 27 Jahre. „Was das für das staatliche Pensionssystem bedeutet, ist klar.“ Der Weltraummediziner Norbert Bachl sagt, daß der menschliche Körper grundsätz-

lich für ein Alter von bis zu 120 Jahren „gebaut“ ist.

Laut Kerschbaum gibt es noch ein weiteres gesellschaftspolitisches Problem: So wird die Anzahl des fehlenden Pflegepersonals bis zum Jahr 2010 voraussichtlich auf 10.000 Personen steigen. Gleichzeitig nimmt das Pflegepotential in der Familie stark ab. Hier gebe es schon heute eine Kluft: „85 Prozent der Menschen wollen zu Hause sterben, das wird aber nur für 35 Prozent Realität.“ Die Politik müsse eine klare Entscheidung treffen, ob nun die stationäre oder die mobile Pflege ausgebaut wird.

Die stationäre Pflege in Heimen und Kliniken kostet pro Jahr 1,3 Mrd. Euro, wovon Betroffene zwei Drittel selbst bezahlen. Für die mobile Pflege werden heute 350 Mill. Euro pro Jahr aufgewendet, ein Drittel zahlen die Betroffenen alleine. Bei einer Ausweitung müßten die Selbstbehalte laut Kerschbaum auf die Hälfte steigen. Für Privatversicherer ist das Risiko hoher Pflegekosten ein neues Geschäftsfeld. Die Uniqa-Vorstände Karl Unger und Peter Eichler kündigen neue Polizen an, die Lebens-, Kranken- und Pflegeversicherung kombinieren.